Stand: 05.11.2025 02:01:04

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/18486

"Zukunft unserer Kinder sichern - Familienpolitische Weichen richtig stellen!"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/18486 vom 12.10.2017
2. Plenarprotokoll Nr. 112 vom 12.10.2017
3. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/20342 des SO vom 24.01.2018
4. Beschluss des Plenums 17/20674 vom 07.02.2018
5. Plenarprotokoll Nr. 123 vom 07.02.2018

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 12.10.2017 **Drucksache 17/18486**

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Gabi Schmidt, Eva Gottstein, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Thorsten Glauber, Joachim Hanisch, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Prof. Dr. Michael Piazolo, Bernhard Pohl, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Zukunft unserer Kinder sichern – Familienpolitische Weichen richtig stellen!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich ab sofort

– für die Einführung eines Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung im Grundschulbereich,
– für den konsequenten Ausbau von flexiblen Ganztagsangeboten an weiterführenden Schulen,
– für eine stärkere, finanzielle Förderung der Teilzeitberufsausbildung,
– für das Eindämmen von atypischen Beschäftigungsverhältnissen in Absprache mit Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbänden,
– für den Ausbau der Angebote der Kinderbetreuung, vor allem in Rand- und Ferienzeiten, und
– für eine stufenweise kostenfreie Gestaltung der Kinderbetreuung

einzusetzen.

Darüber hinaus wird die Staatsregierung aufgefordert, sich auf Bundesebene für eine Weiterentwicklung des Ehegattensplittings hin zu einem Familiensplitting einzusetzen.

Begründung:

Das Bild der Familie hat sich in den vergangenen Jahren aufgrund gesellschaftlicher Veränderungen stark gewandelt. Gerade junge Eltern setzen häufig nicht einseitig auf Familie oder Beruf, sondern wünschen sich die Vereinbarkeit beider Lebensbereiche und sind dazu nicht selten auch auf zwei Einkommen angewiesen. Eine Vereinbarkeit von Beruf und Familie ist aber ganz wesentlich auch von einer zuverlässigen und qualitativ hochwertigen Betreuung der Kinder abhängig.

So lässt sich nur durch einen Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuungsangebote im Grundschulalter sowie den konsequenten Ausbau von Ganztagsangeboten auch an weiterführenden Schulen die in dieser Lebensphase äußerst wichtige Betreuung tatsächlich sicherstellen. Der Rechtsanspruch wurde im Übrigen bereits im „Bayernplan 2013 – 2018“ zugesichert und findet sich jetzt auch im Unionsprogramm zur Bundestagswahl. Nun gilt es, den Rechtsanspruch endlich einzuführen, um Eltern baldmöglichst dabei zu unterstützen, Arbeit und Familie besser miteinander verbinden zu können. Gleichzeitig muss sichergestellt sein, dass die Vielfalt der bestehenden Betreuungsmöglichkeiten erhalten bleibt, um die notwendige Flexibilität sowie eine bedarfsgerechte Gestaltung der Angebote zu gewährleisten, damit Bedürfnisse von Eltern, Schülerinnen und Schülern, aber beispielsweise auch unterschiedliche Bedarfe in urban und ländlich geprägten Regionen, Berücksichtigung finden können. Die Umsetzung der Ganztagsbetreuung muss zudem durch ein staatliches Finanzierungsprogramm für die aus dem Rechtsanspruch und dem Ausbau von Ganztagsbetreuungsangeboten resultierenden Kosten begleitet werden.

Mütter und Väter ohne abgeschlossene Berufsausbildung sehen sich bei ihrer Suche nach einem Teilzeitausbildungsplatz vor enorme Hürden gestellt. Gerade diese Gruppe von meist jungen Menschen, welche noch am Anfang ihres Erwerbslebens stehen, gilt es zu unterstützen, da sie gleichzeitig schon Verantwortung für den eigenen Nachwuchs tragen. Engagierte Vereine, wie etwa der Sozialdienst katholischer Frauen e.V. (SkF), bieten sowohl interessierten Arbeitssuchenden als auch Arbeitgebern Rat und Unterstützung bei der Durchführung einer Teilzeitausbildung an. Um derartige Initiativen weiter ausbauen zu können und interessierten Frauen und Männern in ganz Bayern solche Unterstützungsangebote zu ermöglichen, bedarf es einer stärkeren Finanzierung und eines Ausbaus dieses Angebots.

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Ferner müssen selbstverständlich die Betreuungsangebote in den Rand- und Ferienzeiten schnellstens verbessert werden, so ist aufgrund der Flexibilisierung der Arbeit auch eine Flexibilisierung der Kinderbetreuung unumgänglich. Hier müssen die Träger von Kindertageseinrichtungen eine bessere Finanzierung erfahren sowie unnötige Bürokratie zurückgefahren werden. Ziel muss letztendlich sein, die Kinderbetreuung mittelfristig stufenweise kostenfrei zu gestalten, um alle Eltern in Bayern finanziell zu entlasten.

Meine Damen und Herren, ich schließe die namentliche Abstimmung und bitte, die Plätze wieder einzunehmen.

Unruhe – Glocke des Präsidenten

Während das Ergebnis ermittelt wird, gebe ich die Ergebnisse der namentlichen Abstimmungen von vorhin bekannt. Beim Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Schulze, Hartmann, Steinberger und anderer und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) betreffend "Rückstände von Fipronil in Lebensmitteln offenlegen", Drucksache 17/18465, haben mit Ja 62 gestimmt. Mit Nein haben 77 gestimmt. Stimmenthaltungen gab es keine. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 2)

Beim nachgezogenen Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Rinderspacher, von Brunn, Adelt und anderer und Fraktion (SPD) betreffend "Verbraucherschutz ernst nehmen und Transparenz herstellen: Kontrollen auf Fipronil in bayerischen Legehennenbetrieben und bei verarbeiteten Produkten aus Bayern", Drucksache 17/18483, haben mit Ja 62 gestimmt. Mit Nein haben 76 gestimmt. Stimmenthaltungen gab es keine. Damit ist auch dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 3)

Die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 17/18467 mit 17/18472 sowie 17/18486 mit 17/18491 werden in die zuständigen federführenden Ausschüsse verwiesen.

Ich rufe jetzt den **Tagesordnungspunkt 8** auf:

Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Mehr Bio in Schulen: Bio-Anteil in allen bayerischen Schulen mindestens 20 Prozent bis 2020 und mindestens 50 Prozent bis 2025
(Drs. 17/16349)

Ich eröffne die Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt nach der Geschäftsordnung 24 Minuten. Die Verteilung darf ich als bekannt voraussetzen. Die erste Rednerin ist Frau Kollegin Sengl. – Bitte schön, Sie haben das Wort.

Gisela Sengl (GRÜNE): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Mehr Bio in Bayerns Schulen. Nach dem Ernährungsreport 2017 wünschen sich 90 % der Deutschen verbindliche Essensstandards in Kitas und Schulen. Beim Modellprojekt Schulfrühstück entschieden sich 43 % der Schulen in Bayern für Bio-Produkte.

Jetzt folgt ein Zitat:

> Gutes Essen in der Schule trägt nicht nur zum Erhalt der Leistungsfähigkeit der Kinder und Jugendlichen bei. Es prägt die Esskultur, die Wertschätzung für Lebensmittel und das Ernährungsverhalten. …
>
> Gerade angesichts der Besorgnis erregenden Zahl ernährungsbedingter Fehlentwicklungen bei Kindern und Jugendlichen kommt der Schule in diesem Bereich eine besondere Vorbildfunktion zu.

Woher stammt das Zitat? – Es könnte von uns sein. Das Zitat stammt aus der Broschüre "Mit gutem Essen Schule machen". Das ist eine wunderbare Hochglanzbroschüre aus dem Hause Brunner. Wenn diese schönen Worte ernst gemeint wären, dann würden wir an den Schulen eine andere Situation vorfinden; dann gäbe es mehr als nur lauwarme Empfehlungen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Diese Broschüre spricht uns wirklich aus dem Herzen.

Jetzt folgen noch weitere Zitate:

> Von einer nachhaltigen Landwirtschaft profitieren alle: Klima, Böden, Gewässer, Pflanzen, Tiere und Menschen. Nachhaltige Verpflegung stärkt die heimische Ernährungs- und Landwirtschaft. Sie schließt die Aspekte regional, saisonal, ökologisch, Fairtrade und Tierwohl ein. ...
>
> Bio-Produkte gehören dazu.
>
> Bio-Zertifizierung und Bio-Siegel stehen für nachweislich ökologische Pflanzen- und Tierproduktion. Sie garantieren, dass der europäische Mindeststandard für ökologische Produktion erfüllt ist oder sogar übertroffen wird. In jede Schulküche gehören auch Bio-Lebensmittel, idealerweise aus der Region.

Unser Ansatz ist aber noch viel wichtiger. Empfehlungen und warme Worte allein genügen nicht. Auch Modellversuche reichen nicht aus. Wir als Gesetzgeber sind gefragt, um eine gesunde Ernährung der Kinder und Jugendlichen zu unterstützen. Mitglieder der CSU-Fraktion, hört einmal gut zu, das mag neu für euch sein: Man braucht auch klar definierte Ziele. Deshalb gibt es unseren Antrag. Wir schlagen darin vier Maßnahmen vor:

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 24.01.2018 **Drucksache** 17/**20342**

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Gabi Schmidt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Drs. 17/**18486**

Zukunft unserer Kinder sichern - Familienpolitische Weichen richtig stellen!

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatterin: **Gabi Schmidt**
Mitberichterstatter: **Joachim Unterländer**

II. Bericht:

1. Der Dringlichkeitsantrag wurde dem Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes und der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen haben den Dringlichkeitsantrag mitberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 75. Sitzung am 30. November 2017 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:
   CSU: Ablehnung
   SPD: Zustimmung
   FREIE WÄHLER: Zustimmung
   B90/GRÜ: Zustimmung
   Ablehnung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 67. Sitzung am 23. Januar 2018 mitberaten und mit folgendem Stimmergebnis:
   CSU: Ablehnung
   SPD: Zustimmung
   FREIE WÄHLER: Zustimmung
   B90/GRÜ: Zustimmung
   Ablehnung empfohlen.
4. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 178. Sitzung am 24. Januar 2018 mitberaten und mit folgendem Stimmergebnis:
   CSU: Ablehnung
   SPD: Zustimmung
   FREIE WÄHLER: Zustimmung
   B90/GRÜ: Zustimmung
   Ablehnung empfohlen.

Joachim Unterländer
Vorsitzender

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 07.02.2018 **Drucksache** 17/**20674**

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Gabi Schmidt, Eva Gottstein, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Thorsten Glauber, Joachim Hanisch, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Prof. Dr. Michael Piazolo, Bernhard Pohl, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Drs. 17/**18486**, 17/**20342**

Zukunft unserer Kinder sichern – Familienpolitische Weichen richtig stellen!

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Inge Aures

II. Vizepräsidentin

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Dann rufe ich auf den **Tagesordnungspunkt 2** mit Ausnahme der gerade eben genannten Nummer 13 der Anlage, über die erst zu einem späteren Zeitpunkt nach Ablauf der 15 Minuten Wartezeit abzustimmen ist.

Abstimmung
über Verfassungsstreitigkeiten und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)

Der federführende Ausschuss für Wirtschaft und Medien hat bei der Listennummer 13, Antrag auf Drucksache 17/18357, die Ablehnung empfohlen. Das wollte ich Ihnen nur noch kurz mitteilen, bevor wir zu dieser Abstimmung kommen.

Wir kommen nun zur Abstimmung über die Liste. Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der SPD, der FREIEN WÄHLER und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? – Sehe ich keine. Stimmenthaltungen? – Auch nicht. Fraktionslose Abgeordnete sind nicht anwesend. Dann hat sich das erübrigt. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Verfassungsstreitigkeiten und Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 2)

Es bedeuten:

(E)	einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
(G)	Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
(ENTH)	Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
(A)	Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
(Z)	Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Verfassungsstreitigkeiten

1. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 23. November 2017 (Vf. 16-VII-17) betreffend Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit
   1. des Art. 2 Nr. 2 des Gesetzes über Landtagswahl, Volksbegehren, Volksentscheid und Volksbefragung (Landeswahlgesetz – LWG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 5. Juli 2002 (GVBl. S. 277, 620, BayRS 111-1-I), das zuletzt durch § 8 des Gesetzes vom 12. Juli 2017 (GVBl. S. 362) geändert worden ist,
   2. des Art. 2 Nr. 2 des Gesetzes über die Wahl der Gemeinderäte, der Bürgermeister, der Kreistage und der Landräte (Gemeinde- und Landkreiswahlgesetz – GLKrWG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 7. November 2006 (GVBl. S. 834, BayRS 2021-1/2-I), das zuletzt durch § 10 des Gesetzes vom 12. Juli 2017 (GVBl. S. 362) geändert worden ist

   PII/G1310.17-0015
   Drs. 17/20543 (G)

   I. Der Landtag beteiligt sich an dem Verfahren.

   II. Der Antrag ist unzulässig, jedenfalls aber unbegründet.

   III. Zur Vertreterin des Landtags wird die Abgeordnete Petra Guttenberger bestellt.

   Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	A	A	A

2. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 2. Januar 2018
(Vf. 21-VII-17) betreffend Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit
der § 1 Nr. 1 und § 2 der Verordnung der Stadt Passau über die Sperrung der
Marienbrücke an Silvester vom 27. November 2017
(Amtsblatt der Stadt Passau Nr. 33 S. 250)
PII/G1310.17-0017
Drs. 17/20546 (E)

Der Landtag beteiligt sich nicht am Verfahren.

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

3. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 3. Januar 2018
(Vf. 1-VII-18) betreffend Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit
des § 14 Abs. 9a des Rundfunkbeitragsstaatsvertrags vom 15. Dezember 2010
(GVBl. 2011 S. 258, 404; 2012 S. 18, BayRS 2251-17-S), der zuletzt durch
Art. 4 des Neunzehnten Staatsvertrags zur Änderung rundfunkrechtlicher
Staatsverträge vom 3. Dezember 2015 (GVBl. 2016 S. 52) geändert worden ist
PII/G1310.18-0001
Drs. 17/20542 (E)

I. Der Landtag beteiligt sich an dem Verfahren.

II. Der Antrag ist unbegründet.

III. Zur Vertreterin des Landtags wird die Abgeordnete Petra Guttenberger bestellt.

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

4. Schreiben des Bundesverfassungsgerichts – Zweiter Senat – vom 30. November 2017 (2 BvR 1866/17) betreffend Verfassungsbeschwerde

1. unmittelbar gegen
   a) den Beschluss des Oberlandesgerichts Nürnberg vom 26. Juli 2017 – 1 Ws 280/17 –,
   b) den Beschluss des Landgerichts Nürnberg-Fürth vom 7. Juni 2017 – 5 Ks 102 Js 1478/15 –,
   c) den Beschluss des Landgerichts Nürnberg-Fürth vom 16. März 2017 – 5 Ks 102 Js 1478/15 –
2. mittelbar gegen Art. 6 Abs. 3, 4, 5 und 6 des Gesetzes über den Vollzug der Maßregeln der Besserung und Sicherung sowie der einstweiligen Unterbringung – BayMRVG –

PII/G1320.17-0002
Drs. 17/20545 (G)

I. Der Landtag gibt im Verfahren eine Stellungnahme ab.

II. Die Verfassungsbeschwerde ist unbegründet.

III. Zur Vertreterin des Landtags wird die Abgeordnete Petra Guttenberger bestellt.

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	A

5. Schreiben des Bundesverfassungsgerichts – Erster Senat – vom 20. Dezember 2017 (1 BvR 1187/17) betreffend Verfassungsbeschwerde gegen die §§ 3, 4, 6, 11 und 12 des Gesetzes über die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern sowie Gemeinden an Windparks in Mecklenburg-Vorpommern (Bürger- und Gemeindebeteiligungsgesetz – BüGembeteilG M-V) vom 18. Mai 2016 (GVOB. 2 M-V S. 258)
PII/G1320.17-0003
Drs. 17/20547 (E)

Der Landtag gibt im Verfahren keine Stellungnahme ab.

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

Anträge

6. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Faire Unterkunftsgebühren für Asylbewerberinnen und Asylbewerber
Drs. 17/17272, 17/20336 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

7. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Mehr Investitionen in die frühkindliche Bildung II – Förderprogramm für Kitas mit längeren Öffnungszeiten fortsetzen
Drs. 17/17308, 17/20337 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

8. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Kita-Leitungen entlasten – Mehr Zeit für eine professionelle Führung und Leitung
Drs. 17/17309, 17/20338 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

9. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Mehr Investitionen in die frühkindliche Bildung I – Zweckentfremdung der Bundesmittel nach dem Wegfall des Betreuungsgelds beenden!
Drs. 17/17310, 17/20339 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

10. Antrag der Abgeordneten Judith Gerlach, Joachim Unterländer, Prof. Dr. Gerhard Waschler u. a. CSU
Kriseninterventionsmaßnahmen in Kindertageseinrichtungen
Drs. 17/17661, 17/20340 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

11. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Teilzeitausbildung endlich voranbringen I
Ausbau der Teilzeitberufsausbildung im öffentlichen Dienst in Bayern
Drs. 17/17768, 17/20418 (A)

Antrag der SPD-Fraktion gem. § 126 Abs. 3 BayLTGeschO
Votum des mitberatenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	ENTH	Z

12. Antrag der Abgeordneten Dr. Martin Huber, Dr. Franz Rieger, Karl Freller u. a. CSU
Kein gemeinsamer Euro-Haushalt mit einem europäischen Finanzminister!
Drs. 17/17863, 17/20461 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	A	Z	ENTH

13. Antrag der Abgeordneten Annette Karl, Natascha Kohnen, Andreas Lotte u. a. SPD
Sonderprogramm Premiumoffensive Tourismus für kleine Betriebe ab 5 Betten öffnen
Drs. 17/18357, 17/20455 (A)

über den Antrag wird gesondert abgestimmt

14. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Dr. Paul Wengert, Klaus Adelt u. a. SPD
Zuschlag bei Lebensarbeitszeitverlängerung bei der Bayerischen Polizei
Drs. 17/18365, 17/20419 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Fragen des öffentlichen Dienstes

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	ENTH	Z

15. Antrag der Abgeordneten Bernhard Roos, Annette Karl, Natascha Kohnen u. a. SPD
„Platooning für Forschungsoffensive“
Drs. 17/18444, 17/20456 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	ENTH

16. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Doris Rauscher, Ilona Deckwerth u. a. und Fraktion (SPD)
Für eine bestmögliche Vereinbarkeit von Familie und Beruf in Bayern: Empfehlungen der Sachverständigen ernst nehmen!
Drs. 17/18467, 17/20341 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

17. Antrag der Abgeordneten Annette Karl, Natascha Kohnen, Andreas Lotte u. a. und Fraktion (SPD)
Weiterbildungsprogramm Digitalisierung
Drs. 17/18474, 17/20457 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	ENTH	Z

18. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Gabi Schmidt u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Zukunft unserer Kinder sichern – Familienpolitische Weichen richtig stellen!
Drs. 17/18486, 17/20342 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

19. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern
Drs. 17/18487, 17/20343 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	ENTH	Z

20. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Markus Ganserer u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Verlässliche Informationssysteme über Autobahn-Bauvorhaben etablieren
Drs. 17/18494, 17/20458 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	ENTH	ENTH	Z

21. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazolo u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Virtuelles Experimentieren im MINT-Unterricht stärken
Drs. 17/18496, 17/20374 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	ENTH

22. Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Ilona Deckwerth, Hans-Ulrich Pfaffmann u. a. SPD
Beste Qualität für die Jüngsten III – Geregelte Leitungsfreistellung in Kindertageseinrichtungen gesetzlich verankern
Drs. 17/18552, 17/20344 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

23. Antrag der Abgeordneten Joachim Unterländer, Ingrid Heckner, Gudrun Brendel-Fischer u. a. CSU
Für eine familiengerechte Arbeitswelt in Bayern
Drs. 17/18580, 17/20345 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	A	ENTH	ENTH

24. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazolo u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Berufsorientierte Bildung stärken: Anerkennungsmöglichkeiten für freiwillige Schülerpraktika schaffen und Bildungsregionen beim Aufbau von Praktikumsdatenbanken unterstützen
Drs. 17/18591, 17/20375 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	A	Z	A

25. Antrag der Abgeordneten Annette Karl, Natascha Kohnen, Andreas Lotte u. a. SPD
Kohäsions- und Förderungspolitik der EU ab 2020
hier: Bayern – Sachsen / Thüringen – Böhmen
Drs. 17/18683, 17/20459 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

26. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazolo u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Staatliche Bildungsverantwortung ernst nehmen –
Kommunen endlich bei der Finanzierung städtischer Schulen entlasten!
Drs. 17/18713, 17/20376 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

27. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazolo u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Wohnraumkapazitäten und Beratungsangebote für Studierende ausbauen –
einen gemeinsamen Hochschulsozialpakt voranbringen
Drs. 17/18735, 17/20485 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

28. Antrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Bernhard Seidenath, Gudrun Brendel-Fischer u. a. CSU
Ausreichende Finanzierung für palliativmedizinische Konsildienste gewährleisten
Drs. 17/18816, 17/20371 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

29. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Thomas Mütze u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Steuervermeidung durch Share Deals bei der Grunderwerbsteuer unterbinden
Drs. 17/18867, 17/20499 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

30. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Doris Rauscher, Angelika Weikert u. a. und Fraktion (SPD)
Integration braucht Verlässlichkeit:
Geplante Beratungs- und Integrationsrichtlinie (BIR) dringend nachbessern!
Drs. 17/18868, 17/20346 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

31. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Horst Arnold, Florian von Brunn u. a. und Fraktion (SPD)
Die Agrarindustrie bei der Verteilung von EU-Zahlungen nicht länger bevorzugen!
Drs. 17/18871, 17/20409 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

32. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Zeitnahes Monitoring der Energiesituation in Bayern
Drs. 17/18890, 17/20460 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

33. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Gabi Schmidt u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Für ein lernfreundliches Klima an Bayerns Grundschulen – Zusatzpersonal für Klassen mit Kindern mit Lern- und Verhaltensauffälligkeiten
Drs. 17/18892, 17/20377 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

34. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Karl Vetter u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Verpflichtendes Endoprothesenregister – Patienten schützen
Drs. 17/18893, 17/20373 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

35. Antrag der Abgeordneten Franz Schindler, Horst Arnold, Alexandra Hiersemann u. a. SPD
Auswertung von Datenträgern durch Private im Rahmen von Ermittlungsverfahren
Drs. 17/19008, 17/20383 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

36. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Gleiche Regeln für alle – auch beim Blutspenden
Drs. 17/19080, 17/20453 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	A	Z

37. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Rosi Steinberger u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bericht über die Belastung von Blutproben mit perfluorierten Kohlenwasserstoffen im Landkreis Altötting
Drs. 17/19083, 17/20379 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

38. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazolo u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Berufsorientierung stärken: Betriebspraktikum an allen weiterführenden Schularten fest etablieren!
Drs. 17/19099, 17/20378 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	ENTH

39. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Benno Zierer u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Perfluorierte Tenside in Blutplasmaproben
Drs. 17/19202, 17/20380 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

40. Antrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Günther Knoblauch, Klaus Adelt u. a. SPD
Giftige Chemie in Trinkwasser und Blut:
Wie werden die Menschen im Landkreis Altötting geschützt und informiert?
Drs. 17/19216, 17/20381 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

41. Antrag der Abgeordneten Ruth Waldmann, Ruth Müller, Kathi Petersen u. a. SPD
Im Alter länger zuhause leben –
kein Verschiebebahnhof in der geriatrischen Reha!
Drs. 17/19230, 17/20452 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

42. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer,
Gudrun Brendel-Fischer, Angelika Schorer u. a. und Fraktion (CSU)
Nebenerwerbsbetriebe in Bayern weiterhin fördern
Drs. 17/19243, 17/20408 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

43. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Horst Arnold,
Florian von Brunn u. a. und Fraktion (SPD)
Den Zu- und Nebenerwerb bei der Gemeinsamen Agrarpolitik
nicht im Stich lassen
Drs. 17/19262, 17/20411 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

44. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl,
Dr. Leopold Herz u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Zu- und Nebenerwerb erhalten
Drs. 17/19263, 17/20410 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

45. Antrag der Abgeordneten Bernhard Seidenath, Gudrun Brendel-Fischer, Oliver Jörg u. a. CSU
Weitere Verbesserung der geriatrischen Versorgung in Bayern
Drs. 17/19278, 17/20454 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

46. Antrag der Abgeordneten Georg Rosenthal, Annette Karl, Inge Aures u. a. SPD
Brexit-Beauftragten für Bayern ernennen!
Drs. 17/19297, 17/20462 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	A	A

47. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Benno Zierer u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Finanzierung der Blutuntersuchungen im Landkreis Altötting sicherstellen!
Drs. 17/19754, 17/20305

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

der empfiehlt, den Antrag für erledigt zu erklären

48. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Kathi Petersen, Ruth Waldmann u. a. und Fraktion (SPD)
Bericht über die finanzielle Situation der Kinderhospizteams in Bayern
Drs. 17/18901, 17/20372 (Z)

Antrag der CSU-Fraktion gem. § 126 Abs. 3 BayLTGeschO
Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z